

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Zahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:
Die einseitige Zeile 50
Woch. u. 1.000
Kleinzeile 2.50

Ausgabestelle:
Diez, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Karl Breidenbach, Ein.

Verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 208

Diez, Montag, den 13. September 1920

26. Jahrgang

Was leistet das Reich für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen?

Über die Leistungen des Reichs für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen besteht in weiten Kreisen des Volkes, insbesondere bei den Kriegsvätern selbst, vielfach Unklarheit. Die Leistungen richten sich hauptsächlich nach dem Vermögensverhältnis; aus ihm wird ausnahmsweise folgendes mitgeteilt:

Der Kriegsbeschädigte erhält eine Rente, die sich nach der Verringerung der Erwerbsfähigkeit nach seinem bisherigen Beruf der Größe der Familie und den Verhältnissen an seinem Wohnort richtet; der frühere militärische Dienstgrad bleibt außer Betracht. Der Berücksichtigung des früheren Berufs dient die Ausgleichszulage. Sie beruht auf dem Gedanken, daß die Erwerbsminderung des Beschädigten nach ähnlichen Grundsätzen ausgeglichen werden soll, wie in den Tarifverträgen der Lohn nach Kenntnissen und Fertigkeiten, Leistung und Verantwortung abgemessen ist. Je nach dem Beruf des Beschädigten vor ihrem Militärdienst angeordnet haben, werden drei Berufsgruppen gebildet. In die erste Berufsgruppe, die keine Ausgleichszulage erhält, fallen die angelernten Arbeiter in die zweite Gruppe, die etwa 70 Prozent aller Kriegsbeschädigten umfaßt, gehören u. a. alle Gelehrten, Facharbeiter und sonstigen gelehrten Arbeiter und die ihnen gleichstehenden angelernten Arbeiter und Angestellten, sowie alle übrigen Arbeiter und Angestellten, deren Tätigkeit erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert; sie erhalten eine Ausgleichszulage von einem Drittel der Rente. In der dritten Gruppe, der eine Ausgleichszulage in der Höhe der halben Rente zusteht, sind u. a. Einzelhandels- und Kleinhändler, sowie sonstigen selbstständigen Gewerbetreibenden, deren Tätigkeit außerordentlich hoch zu bewerten ist. Ist ein Kriegsbeschädigter nur infolge der Verwundung, Krankheit, eines Berufs zu ergreifen, der in eine höhere Berufsgruppe eingerechnet ist, so wird ihm die Rente nach dieser höheren Berufsgruppe gewährt.

Bei einem Kriegsbeschädigten Kinder, so erhält er außerdem noch für jedes Kind eine Kinderzulage in Höhe von einem Zehntel seiner Rente.

Nachdem erhält ein früherer gelehrter Arbeiter bei einer Verringerung der Erwerbsfähigkeit um 50 Prozent in der Ortsklasse A (Großstadt) jährlich 2850 Mark, mit 2 Kindern 3420 Mark, mit 4 Kindern 3990 Mark, mit 6 Kindern 4560 Mark; in der Ortsklasse B (Stadt) jährlich 2100 Mark, mit 2 Kindern 2520 Mark, mit 4 Kindern 2940 Mark, mit 6 Kindern 3360 Mark; in der Ortsklasse C (Ort mit mittleren Lebensbedingungen) jährlich 1650 Mark, mit 2 Kindern 1980 Mark, mit 4 Kindern 2310 Mark, mit 6 Kindern 2640 Mark; in der Ortsklasse D (Ort mit billigen Lebensbedingungen) jährlich 1320 Mark, mit 2 Kindern 1584 Mark, mit 4 Kindern 1848 Mark, mit 6 Kindern 2112 Mark; in der Ortsklasse E (Ort mit billigen Lebensbedingungen) jährlich 1100 Mark, mit 2 Kindern 1320 Mark, mit 4 Kindern 1540 Mark, mit 6 Kindern 1760 Mark. Ein völlig erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter, früher gelehrter Arbeiter, erhält in der Ortsklasse A 6960 Mark, mit 2 Kindern 8355 Mark, mit 4 Kindern 9746 Mark, mit 6 Kindern 11137 Mark; in der Ortsklasse B 5280 Mark, mit 2 Kindern 6336 Mark, mit 4 Kindern 7392 Mark, mit 6 Kindern 8448 Mark; in der Ortsklasse C 4180 Mark, mit 2 Kindern 5016 Mark, mit 4 Kindern 5842 Mark, mit 6 Kindern 6678 Mark; in der Ortsklasse D 3400 Mark, mit 2 Kindern 4080 Mark, mit 4 Kindern 4760 Mark, mit 6 Kindern 5440 Mark; in der Ortsklasse E 2860 Mark, mit 2 Kindern 3432 Mark, mit 4 Kindern 4004 Mark, mit 6 Kindern 4576 Mark. Nach im März 1920 erhielt ein völlig erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter, der heute Anspruch auf vorerwähnte Rente hat, ohne Rücksicht auf die Größe seiner Familie, eine Kriegs- und Versorgungszulage, Rentenzuschlag und Versorgungszulage insgesamt jährlich nur 2217 Mark.

Bei schwerer Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit durch die Kriegsbeschädigung nach einer Verwundung, die in schweren Tagen erfolgt, eine Rente auch dann, wenn keine Erwerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt ist. Der Kriegsbeschädigte hat einen Anspruch auf die oben genannte Rente, wenn er in seinem Beruf höher, etwa 70 Prozent beeinträchtigt, so erhält er die entsprechende höhere Rente.

Recht der Beschädigte fremder Väter und Mütter, so erhält er neben der Rente eine Pflegezulage von 750 bis 1000 Mark. Jeder Kriegsbeschädigte erhält daneben freie Verpflegung seines Lebens sowie die erforderlichen Hilfsmittel. Der Beschädigte hat außerdem Anspruch auf eine zeitliche berufliche Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhaltung der Erwerbsfähigkeit, insoweit er dazu fähig ist. Daneben tritt die soziale Fürsorge mit den verschiedenen Fürsorgemaßnahmen, im wesentlichen zu Lasten des Reichs, ein.

Die Durchführung des neuen Reichsvorsorgegesetzes wird nach jährlich etwa 5,5 Milliarden Mark kosten, also fast ein Prozent des Bruttoeinkommens des Reichs. Um bei der ungenügenden Finanzierung des Reichs die Rente der Kriegsbeschädigten auf den vorgeschriebenen Betrag festlegen zu können, mußte das Gesetz für die Kriegsbeschädigten, die sich durch ihr Vermögen oder Arbeitseinkommen in günstigeren Verhältnissen befinden, Renten- und Zulagen in erheblichem Maße vorziehen. Neben den Umständen, die die Durchführung des Gesetzes bedingen, ist die Kürzung eines Teiles der Rente beginnt fröhlich, wenn ein früherer Kriegsbeschädigter neben seiner Rente mehr als 1000 Mark sonstiges Einkommen aus Arbeit oder Vermögen hat; bei einem Verheirateten beginnt die Kürzung bei einem Einkommen von mehr als 7000 Mark, hat er 2 Kinder unter 16 Jahren, so beginnt sie mit mehr als 8100 Mark, bei 4 Kindern mit mehr als 9800 Mark. Überschreitet das Einkommen des Beschädigten diese Grenze, so ruht zunächst nur ein Zehntel seiner Rente. Für je 1000 Mark weiteres Einkommen ruht ein weiterer Zehntel seiner Rente. Die volle Rente ruht, wenn ein früherer Kriegsbeschädigter mehr als 15.500 Mark Einkommen hat, ein Verheirateter mehr als 17.000 Mark und mit 4 Kindern mehr als 18.500 Mark sonstiges Einkommen hat. Aber auch trotz dieses

Einkommens verbleibt dem Beschädigten die Schwerbeschädigtenzulage mit der auf sie treffenden Ausgleich-, Orts- und Versorgungszulage. Dem erwerbsunfähigen früheren gelehrten Arbeiter verbleiben daher, gleichgültig welches Einkommen er bezieht mindestens in der Ortsklasse A jährlich 1893 Mark, in der Ortsklasse C 1687 Mark und in der Ortsklasse E 1401 Mark. Ein früherer gelehrter Arbeiter dessen Schwerbeschädigten wegen Verlust eines Armes um 70 Prozent gemindert ist, erhält, wenn er Vater von 4 Kindern ist, in der Ortsklasse B 6060 Mark Rente. Hat er neben der Rente ein Einkommen von 13.800 Mark, so ruht die Hälfte der Rente; er erhält 3030 Mark ausgezahlt, so daß er ein Gesamteinkommen von 16.830 Mark hat.

Die Versorgungszulage der Hinterbliebenen bemessen sich nach der Rente einschließlich der Schwerbeschädigten- und Ausgleichszulage, die dem voll erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten zusteht. Der frühere Beruf des Kriegsteilnehmers ist somit auch für die Höhe der Hinterbliebenenzulage maßgebend, die erwerbsfähige Witwe erhält 30 Prozent, die erwerbsunfähige 50 Prozent der Vollrente des Beschädigten. Der erwerbsunfähige Witwe gleichgestellt ist die Witwe die das 50. Lebensjahr vollendet hat, sowie die Witwe, die wegen der Pflege und Erziehung von Kindern nicht in der Lage ist, einem Erwerb nachzugehen.

Nachdem erhält die erwerbsfähige Witwe eines gelehrten Arbeiters jährlich in der Ortsklasse A 2080 Mark, B 2014 Mark, C 1856 Mark, D 1702 Mark und E 1540 Mark. Ist die Witwe erwerbsunfähig, so erhält sie in der Ortsklasse A 3484 Mark, B 3352 Mark, C 3094 Mark, D 2830 Mark und E 2580 Mark.

Bei der Wiederbeschäftigung mit einem Deutschen erhält die Witwe anstelle der Witwenrente eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages der von ihr zuletzt bezogenen Rente, die erwerbsunfähige Witwe in der Ortsklasse A also 10.452 Mark, in der Ortsklasse E 7740 Mark.

Neue Bestimmungen und Gesetze

der Behörden werden täglich erlassen, denn Unkenntnis für jedermann von größtem Schaden sein kann. Das mit der

Emser Zeitung

verbundene

Amtliche Kreisblatt für den Unterlahnkreis

enthält alle Verfügungen und Anordnungen des Kreisausschusses, des Landratsamtes und des statl. Finanzamtes, die durch die Veröffentlichung im „Amtlichen Kreisblatt“ rechtskräftig werden. Darum verleihe niemand, sich auf das kommende Vierteljahr auf die „Emser Zeitung“ zu abonnieren.

Bestellungen nehmen Postanstalten, die Landbriefträger und die Austräger entgegen.

Jeder Waise unter 18 Jahren wird eine Waisenrente gewährt, die beträgt, wenn die Mutter lebt, 15 Prozent, wenn die Mutter nicht mehr lebt, 25 Prozent, der Vollrente des Beschädigten. Uneheliche Kinder und Adoptivkinder sind den ehelichen Kindern in der Versorgung gleichgestellt, unter gewissen Voraussetzungen auch die Stief- und Pflegekinder. Die Waise eines gelehrten Arbeiters erhält jährlich in der Ortsklasse A 1046 Mark, B 1000 Mark, C 900 Mark, D 851 Mark und E 776 Mark. Für die Vollwaise eines gelehrten Arbeiters beträgt die Rente in der Ortsklasse A 1744 Mark, B 1676 Mark, C 1549 Mark, D 1421 Mark und E 1290 Mark.

Die Witwe eines gelehrten Arbeiters mit 3 Kindern, die in Berlin oder in einer anderen Großstadt lebt, steht hier nach, vorausgesetzt, daß sie über Kinder im eigenen Haushalt erzieht und daher als erwerbsunfähig anzusehen ist, eine Rente von 6922 Mark zu. Dieselbe Witwe erhält in einer mittleren Stadt (Ortsklasse C) 5884 Mark, und in einem Landort mit billigen Lebensbedingungen (Ortsklasse E) 5008 Mark jährlich.

Neben den Witwen und Waisen haben auch die Eltern Anspruch auf Versorgung, wenn sie bedürftig sind und der Verstorbenen ihr Ernährer gewesen ist oder voraussichtlich geworden wäre. Die Elternrente beträgt für die Eltern zusammen 30 Prozent für den Vater und die Mutter allein 20 Prozent der Vollrente des Beschädigten. Dennoch erhält die versorgungsberechtigte Mutter eines gelehrten Arbeiters als Elternrente in der Ortsklasse A 1395 Mark, B 1342 Mark, C 1237 Mark, D 1136 Mark, E 1031 Mark.

Für die Hinterbliebenen tritt ein Ruhen der Versorgungszulage ein, wenn die alleinlebende Witwe neben der Rente mehr als 6500 Mark Jahreseinkommen hat. Bei der Witwe mit 1 Kind erhöht sich dieser Betrag auf 7000 Mark, bei der Witwe mit 2 Kindern auf 7700 Mark, mit 3 Kindern auf 8400 Mark, mit 4 Kindern auf 9100 Mark.

Für je 1000 Mark, um die das Einkommen der Hinterbliebenen diese Höhe übersteigt, ruht ein Zehntel der Rentenbezüge und zwar wird, wenn das Einkommen aus Arbeitseinkommen besteht, im allgemeinen nur die Witwenrente von dem Ruhen betroffen. Erst wenn das Arbeitseinkommen mehr als 12.000 Mark beträgt, ruht unter Umständen auch ein Teil der Waisenrente.

Folgende Beispiele mögen zur Erläuterung dienen: Für eine in einer mittleren Stadt (Ortsklasse C) lebende kinderlose Witwe eines gelehrten Arbeiters die eine Rente von 1856 Mark bezieht und ein Arbeitseinkommen von 7000 Mark im Jahre hat, ruht ein Zehntel ihrer Rente in Höhe von 185 Mark, so daß sie insgesamt über ein Einkommen von 6811 Mark verfügt. Erst bei einem Arbeitseinkommen von mehr als 10.500 Mark würden sich die Rentenbezüge um die Hälfte vermindern und erst bei einem Arbeitseinkommen von mehr als 15.500 Mark ruht sie vollständig.

Eine in der Ortsklasse A lebende Witwe eines gelehrten Arbeiters mit einem Kinde, die neben ihrer Rente von 3136 Mark ein Arbeitseinkommen von 7000 Mark erzielt, behält ihre Rente unberührt; beträgt das Arbeitseinkommen 8000 Mark, so vermindern sich die Bezüge um ein Zehntel der Witwenrente, das heißt um 208 Mark, so daß ihr neben ihrem Arbeitseinkommen von 8000 Mark noch Rentenbezüge von 3928 Mark zustehen. Ein vollständiges Ruhen würde in diesem Fall erst bei einem Einkommen von mehr als 16.000 Mark eintreten.

Für eine auf dem Lande lebende Witwe einer Verheirateten mit 2 Kindern, die neben Witwen- und Waisenrente von 3101 Mark durch eigene Arbeit einen Jahresverdienst von 8000 Mark erzielt, ruht ein Zehntel der Witwenrente mit 154 Mark. Hat sie dasselbe Einkommen nicht aus Arbeitsverdienst, sondern aus Vermögen, so ruht ein Zehntel der gesamten Rentenbezüge im Betrage von 310 Mark.

Im allgemeinen wird ein erheblicher Teil der Hinterbliebenenbezüge nur dann ruhen, wenn es sich um Hinterbliebenen mit großem Vermögen oder um alleinlebende voll erwerbsfähige Witwen handelt; Witwen mit mehreren Kindern erzielen nur selten so große Arbeitseinkommen, daß eine wesentliche Verminderung der Bezüge eintritt.

Fran Zieg und das russische Paradies.

Berlin, 7. Sept. In der heutigen Freiheit äußert sich Frau Zieg über die kommunistische Internationale. Sie schreibt:

Mit dem einmütigen von der Partei erteilten Auftrag, unter Wahrung der Autonomie unserer Partei auf dem Boden ihres Aktionsprogramms eine Verständigung mit Moskau zu suchen, sind unsere Delegierten ausgesprochen eine brüste Kampfanfrage, ein ungeheures Diktat haben sie heimgebracht. Nur Sklavenfüßen kann man solche demütigenden und entwürdigenden Bedingungen zumuten. Freie, aufrechte und selbstbewußte Menschen werden — je nach ihrem Temperament — sie zornig oder hohnlachend zurückweisen. Von welcher grenzenloser Menschenverachtung muß Lenin erfüllt sein (von ihm sollen die schärfsten Bedingungen herabgeholt), wenn er glaubt, uns so knechten zu können, wie es die bekanntgegebenen Anschlußbedingungen bezeugen, wenn er glaubt, wir würden sie schlucken. Wie ist es möglich, daß Sozialisten, die für die Befreiung des Proletariats aus wirtschaftlicher Abhängigkeit und geistiger Knechtschaft kämpfen, auch nur auf den Gedanken kommen können, ihre Kampforganisationen anderer Länder geistig in Fesseln zu legen, und das Instrument ihres Kampfes, ihre Parteiorganisation, erbrechen zu wollen. Nicht willenlose Sklaven, sondern gleichberechtigte Kampfgenossen wollen wir sein. Unsere grundsätzliche und tatsächliche Auffassung und unsere revolutionären Taten geben uns das historische Anrecht auf einen Platz der Gleichberechtigung im internationalen Rat des revolutionären Proletariats. Wir unterwerfen uns keinem Diktat, woher er auch kommen mag. Das Paradies überlassen wir den Wilden Japans. Die USPD war bisher Trost und Zuflucht für Millionen von Trübseligen und Beladenen, denen wir den Ausweg aus der kapitalistischen Wüste in das Land des Sozialismus gezeigt haben. Das sonnenige Land des Sozialismus ist unser Ziel. Diesem Ideal folgen wir, unbekümmert um die Belade rechts und links, wir gehen nicht in die Sklaverei.

Offentlich führt die USPD die deutsche Arbeiterkraft nicht in ein ebenso kommunistisches „Paradies“ wie es von dem Unabhängigen Dittmann erst kürzlich geschildert wurde.

Aus Bayern wird gemeldet, daß die durch den Streit um Moskau entstandene Spaltung der USPD auch in Bayern in vollster Stärke hervortritt. Auch in Bayern gehen in der USPD die Meinungen über Taktik und Methodik weit auseinander. Manche Sektionen haben sich durch innere Wirren entkoppelt, die Mitglieder sind zu den Kommunisten übergegangen.

Ein Deutscher Kreuzer in Königsberg.

Königsberg, 1. Br., 10. Sept. Das Wehrkommando 1 teilt mit: Auf Anordnung des Reichs ist heute in Königsberg der Kreuzer „Medusa“ eingelaufen. Sein Besuch gilt der Provinz, um auch hier die Flaga der Deutschen Seemacht wieder zu zeigen und die enge Verbindung des Reichs mit Ostpreußen hervorzuheben. „Medusa“ ist der erste wieder in den Dienst gestellte Kreuzer von den sechs zukünftigen deutschen Kreuzern. Er ist von der ersten Auslandsfahrt nach Schweden zurückgekehrt. Ueber seinen Besuch dort wird mitgeteilt, daß die deutschen Matrosen herzlich und zuvorkommend aufgenommen worden sind, was nicht zuletzt dem gut disziplinierten Auftreten der Besatzung zu danken ist.

Beflegung der Fleischpreise.

M. Berlin, 12. Sept. Nach einer Meldung des Bodwärts lehnte der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstags einen Antrag auf Erhöhung der Getreidepreise und auf Weitergewährung der Frührostprämie ab. Angenommen wurde ein Antrag, die Auszahlung des Brotgetreides auf 85 v. H. herabzusetzen und höchstens 10 v. H. Strohmittel zu verwenden. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, worin die Regierung ersucht wird, vom 15. September

an die tägliche Mehlration auf 260 Gramm zu erhöhen. Außerdem wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, das Auslandgetreide so zu verbilligen, daß die bisherigen Mehlpreise beibehalten werden können. Der Ausschuss beschloß ferner, den amerikanischen Spendern für das Angebot der amerikanischen Mehlschiffe dankbare Anerkennung auszusprechen. Ueber die Aufhebung der Fleischwirtschaft teilte der deutschnationale Abgeordnete Schiele mit, daß ein Abkommen zwischen den drei größten Verbänden der Landwirte und der Fleischer abgeschlossen sei, wonach der Preis für Rindfleisch auf 10,50 Mark das Pfund, für Schweinefleisch auf 12 bis 15 Mark das Pfund auch nach Aufhebung der Zwangswirtschaft gewährleistet werden soll.

Eine Rede Millerands in Straßburg.

Im Straßburg, 10. Sept. Bei dem Festessen, das in Straßburg zu Ehren Millerands gegeben wurde, hielt dieser eine Rede, worin er u. a. sagte:

„Erfah, das Land der Freiheit und Unabhängigkeit, aber auch der Ordnung, hat es gewiß verstanden, daß es ein Wahnsinn ist, die Einrichtung eines Teiles des Volkes zu gestatten, daß es nicht nur Wahnsinn, sondern eine direkte Bedrohung ist, wenn man erlaubt, daß ein Unternehmen, das gleichzeitig Diktatur und Anarchie bedeutet, unbehindert über ganz Europa die Keime der Anarchie ausstreut, es wäre Wahnsinn, zu erlauben, daß sich in jeder Hauptstadt eine Potestas aufbaut, die beauftragt ist, die Keime der Auflösung zu verbreiten. Frankreich hat nein gesagt; es hat nein gesagt, weil es eine Demokratie ist, weil es keine Herrschaft kennt, als die des Gesetzes, das durch den Willen des Volkes entstanden ist.“

Deutschland.

Die Arbeitslosenfrage. In der gestrigen Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses hat man sich erneut mit der in erschreckendem Umfang zunehmenden Arbeitslosigkeit beschäftigt und dabei, wie schon kurz gemeldet worden ist, einige sehr weit gehende, von den Sozialdemokraten unterstützte Anträge der Unabhängigen abgelehnt. Um jedoch die Gründe würdigen zu können, die die bürgerl. Ausschussmitglieder zu ihrer ablehnenden Haltung bestimmt haben, ist es wertvoll, den Inhalt dieser Anträge kennenzulernen. Von unabhängiger und sozialdemokratischer Seite wurde gefordert, daß die Sätze der Erwerbslosenfürsorge erhöht und rückwirkend bis 1. März 1920 nachgezahlt werden. Ferner sollte eine Gleichsetzung der Unterstützungssätze für männliche und weibliche Erwerbslose erfolgen und außerdem bestimmt werden, daß das Einkommen der beschäftigten Familienmitglieder auf die dem Erwerbslosen gesetzlich zustehenden Unterstützungssätze nicht angerechnet werden darf. Neben diesen Forderungen wurde aber zur Verringerung der Arbeitslosigkeit überhaupt verlangt, daß für großzügige Beschaffung von Arbeit Reich, Staat und Gemeinden unter Bezahlung tarifmäßiger Löhne zu sorgen hätten. Ein weiterer Antrag der Unabhängigen wollte feststellen, daß die nach den Mitteilungen des Arbeitsministers zum Herbst dieses Jahres vorgesehenen einmaligen Beihilfen für die längere Zeit Erwerbslosen nicht als ausreichend betrachtet werden können, und daß auch die laufenden Unterstützungssätze dringend einer Erhöhung bedürfen. Um die Deckung der hier geforderten Millionen oder gar Milliarden machen sich die Antragsteller offensichtlich keine Sorgen, wobei darauf hingewiesen werden soll, daß bereits die vom Reichsarbeitsminister für eine einmalige Beschaffungshilfe an Erwerbslose ausgeworfenen 50 Millionen unsern schwer belasteten Haushalt mit einem neuen, sehr erheblichen unproduktiven Kosten belasten. Für die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge, d. h. für Arbeitsbeschaffung, sind nach einer Mitteilung des Präsidenten des Reichsamts für Arbeitsvermittlung in den letzten Monaten allein 120 Millionen aufgewandt worden. Die bürgerlichen Ausschussmitglieder haben gestern ihre Weiterführung verlangt, nachdem das hier angewandte System der Produktionsbeschaffung in zahlreichen Fällen nicht nur soziale, sondern auch günstige wirtschaftliche Folgen erzielt hat.

Die deutsche Neutralität und der Kieler Kanal. In verschiedenen Zeitungsartikeln der letzten Tage ist der Fall des dänischen Dampfers Dorrit erwähnt worden, der mit einer aus Frankreich kommenden, für Polen bestimmten Ladung Munition an Bord in den Kieler Kanal eingefahren und dann in Gütenufer festgehalten worden ist. Wie wir hören, hat die Reichsregierung nach Bekanntwerden des Falles angeordnet, daß der Dampfer im Hinblick auf die deutschen Neutralitätsvorschriften an der Weiterfahrt zu verhindern und durch den Kanal zurückzuleiten sei. Die Kanalbehörden sind darauf hingewiesen worden, daß der Kanal als deutsche Verkehrsstraße anzusehen ist, und daß deshalb dort bei der Durchfahrt von Handelsschiffen die Neutralitätsvorschriften in gleicher Weise wie auf andern deutschen Verkehrswegen durchzuführen sind. Dieser Standpunkt ist auch der französischen Botschaft gegenüber vertreten worden, die unter Hinweis auf die Bestimmungen des Friedensvertrags die freie Durchfahrt für den Dampfer verlangt hatte.

Gewinne der Kohlenmagnaten.

Man schreibt uns: Erst kürzlich mußten Behauptungen, die Dr. Kuchnarski in einem Artikel, betitelt „Auf die Kohle teurer sein“ — über Bachergevinne der Rechenverwaltungen aufgestellt hatte, energisch zurückgewiesen werden. Es wurde damals auf Berechnungen des Direktors der Bochumer Bergschule hingewiesen, der statistisch nachgewiesen hat, daß die Werkerträge gegenüber den Betriebsunkosten ständig zurückgingen und heute so geringfügig sind, daß sie die an sich so notwendigen Betriebsvergrößerungen durch Abnutzung neuer Schächte garnicht ermöglichen. In den letzten Tagen macht wieder mit dem gleichen Ziele bewußter Irreführung der Arbeiterschaft ein Aufsatz in den sozialistischen Blättern die Runde, der an Hand einer Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“ für den Zeitraum von neunzehn Monaten bei dreißig Gewerkschaften eine Werker-

gerung von 1095,7 Millionen Mark errechnet, um seine Auslassungen im Sinne einer sofortigen Sozialisierung daran zu knüpfen.

Ohne Prüfung der börsenmäßigen Richtigkeit muß unter allen Umständen die verheerende Tendenz eines als selbstverständlich hingestellten Zusammenhanges zwischen Industrie und Börse gebrandmarkt werden. Dem verdankte denn Deutschland, besonders zu Anfang dieses Jahres, die in ihrem volkswirtschaftlichen Werte so zweifelhaft Börsenhausse? Keineswegs doch den führenden Wirtschaftskreisen der Industrie! Nur die berufsmäßige Schieberpekulation und die Gewinnucht weitester Bevölkerungsklassen bis tief hinein in die Reihen der kleinen Leute waren Schuld an diesem verderblichen Börsentumel. Und bedeuten die 1095,7 Millionen Kurssteigerung etwa eine wirkliche Wertsteigerung der betreffenden Industrieanlagen und ihrer Erzeugnisse? Der Kursgewinn des einen ist doch bekanntlich der Kursverlust des Gegenpielers! Die wirtschaftliche und finanzielle Bewertung des Unternehmens, selbst wird dagegen durch Börsenmanöver nicht beeinflusst. Denn eine Kurssteigerung ist keineswegs gleichbedeutend mit einer Steigerung des Wertvertrages, der allein entscheidend ist für die Rentabilität und damit für



Der Verlag dieser Zeitung nimmt Beiträge für die Grenz-Spende des Deutschen Schutzbundes entgegen und quittiert öffentlich.

Für die Grenzspende gingen weiter ein:

	Bisher eingegangen:	776 — Mk.
Ungeannt		10 — Mk.
Hildegard Braun		5 — Mk.
Ungeannt		20 — Mk.
	zusammen	811 — Mk.

Aufruf an die Landwirte.

Folgendes ersten Aufruf erläßt die Landwirtschaftskammer der Provinz Westfalen: „Schleunigster Ausdruck und Anmeldung des zur Ablieferung bereitgestellten Brotgetreides ist jetzt das Gesetz der Stunde! Die greifbare Reichsreserve ist äußerst gering. Bis Mitte August 1918 waren ohne Posen und Westpreußen 275 000 Tonnen abgeliefert, bis jetzt nur 161 000. Das Spätabkommen ist unerfüllbar, wenn die Bergarbeiter nicht mehr und besseres Brot bekommen. Das vor der Ernte gelieferte Brot enthielt vielfach nur 20 Prozent Grundmehl, nirgends aber mehr als 50 Prozent. Besseres Brot nach der Ernte ist den Bergarbeitern versprochen. Wird das Spätabkommen nicht erfüllt, so ist die Befriedigung des Ruhrgebietes sicher. Dies wäre ein großes nationales Unglück und würde die weitere Kohlenlieferung für Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand völlig unterbinden. Die Landwirtschaft hat es in der Hand, dies Unglück zu vermeiden. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, der schon die Zwangswirtschaft für Getreide und Fett sowie für Gemüse und Obst beseitigt und die Kartoffeln vom 15. Sept. ab freigegeben hat, will vom 1. Oktober ab auch die Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch aufheben, wenn in kürzester Frist 200 000 Tonnen Brotgetreide für das Reich geliefert sind. Deshalb ist jetzt Brotgetreide abzuliefern, damit auch die Viehwirtschaft wieder frei wird. Sollte der Ausdruck des Getreides mancherorts durch Mangel an Kohlen, Benzin oder infolge zeitweiser Sperrung elektrischer Stromzufuhr gehindert sein, so wird dringend empfohlen, hiervon der Landwirtschaftskammer in Münster schleunigst Mitteilung zu machen, die auf Beseitigung der Hindernisse hinarbeiten wird.“

Neues aus aller Welt.

Der ungetreue Gesandte.

Der Gesandte von Siam in Rom hat das Gesandtschaftsgebäude seiner Regierung in Rom heimlich verlassen und den Betrag von 6000 Pfund Sterling unterschlagen, während er den Rest nachträglich seiner Regierung zurückgab. Der „Gesandte“ ist jetzt zu vier Jahren acht Monaten Zwangsarbeit verurteilt worden.

Rudolf Mosse.

Berlin, 8. Sept. Der Gründer und Verleger des Berliner Tageblattes, Rudolf Mosse, ist heute aus einem arbeitsreichen von Erfolg gekrönten Leben durch einen raschen Tod abgerufen worden. Mit ihm ist ein Charakterfries dahingegangen. Aus kleinen Anfängen als Kaufmann entwickelte er sich allmählich zu einem Großen auf dem Umwege über den Angehörigen des Kladderadatsch gekommen war. 1867 begründete er in jungen Jahren die Mosse'sche Annoncenexpedition, an die sich 1872 die Gründung des Berliner Tageblattes anschloß. Daneben erschienen im Mosse'schen Verlage auch die Berliner Morgenzeitung und die aus dem Ende der vierziger Jahre stammende Berliner Volkszeitung, die Mosse Mitte des vorigen Jahrzehnts übernahm. Im Dezember 1917 wurde Mosse von der juristischen

Fakultät der Universität Heidelberg zum Ehrendoktor ernannt.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

1. Weimar, 10. Sept. Die Polizei beschlagnahmte auf dem Bahnhof mehrere Waggons Äpfel und Zwetschen, die weit über den Höchstpreis eingekauft waren und beschlagnahmt werden sollten. Das Obst wurde von der Polizei zu billigen Preisen an die Bevölkerung abgegeben.

2. Wiesbaden, 10. Sept. (Das übliche Defizit.) Der Kommunalhaushalt schließt für das Rechnungsjahr 1920 mit einem ungedeckten Fehlbetrag von vorläufig 15 873 000 Mark ab. In welcher Weise diese Summe von den einzelnen Kreisen aufgebracht werden soll, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Für 1919 betrug der Steuerbedarf 7,5 Prozent. Wenn der und nach dem Nachtragbedarf weitere 13,5 Prozent. Wenn der jegige Bedarf aufgebracht werden soll, ist mindestens der doppelte Steuerbedarf erforderlich. — Gegen die schon lange doppelte Steuerbelastung der Stadt hat der Stadtrat W. 13 als Landesbevollmächtigter die Aufhebung der Stadtratswahl als Wahlverfahren beantragt. Man hält seiner Wahl sozialdemokratischer Seite geltend. Man hält seiner Wahl entgegen, daß Stadtrat W. 13 in seiner hiesigen Partei nicht die Eigenschaften entwerfen hat, die für den Posten des Landesbevollmächtigten geeignet erscheinen ließen.

3. Bad Homburg, 10. Sept. Das Landgraf Herberich. Denkmals im großen Tannenwald wurde durch Vandalen zerstört.

4. Darmstadt, 10. Sept. Im Einverständnis mit dem Schulnusschuss des Landtages hat das hiesige Landeskonsortium für das Schulwesen angeordnet, daß im hiesigen Schulwesen die der Stimulanz die ausgeprägten konfessionellen Gebiete verboten sind. Derartige Gebiete sind dem konfessionellen Religionsunterricht zu überlassen. Für den Fall, daß in einer Schulklasse die große Mehrheit das gemeinsame nicht konfessionelle Schulgebet ablehnen sollte, muß das Schulgebet unterbleiben und auf den Religionsunterricht beschränkt werden. Einzelne Lehrer haben nicht das Recht, das nach dem Schulgesetz vorgeschriebene Schulgebet zu befehlen.

5. Nied., 10. Sept. Der siebenjährige Sohn der Familie Arzberger aus Nied trank nach dem Genuß von Obst Wasser und starb unter entsetzlichen Schmerzen.

6. Weismann, 10. Sept. Trotz aller Proteste und Verfammlungen die sich gegen die beabsichtigte Auflösung der hiesigen Landesheilanstalt richteten, macht der Landesnusschuss doch ernst damit. Dieser Tage ist der erste Transport von mehr als 30 Kranken nach Herborn überführt worden.

Aus dem Unterlahnkreise.

Eine ernste Sorge für weite Kreise der Bevölkerung bildet noch immer der durch die wirtschaftliche Not hervorgerufene Mangel an wichtigen Nahrungsmitteln. Dieser bedauerliche Zustand tritt besonders bei der Wiederherstellung der Kranken und durch Ueberanstrengung geschwächter Personen in Erscheinung. Es dürfte daher wohl begrüßt werden, daß es gelang, ein Präparat herzustellen, das unter dem Namen „Detter's“ Gabeinahrung „Artkraft“ bekannt und benutzt als ein wertvolles Nahrungsmittel zu gelten. „Artkraft“ wird mit Recht als eine natürliche hochkonzentrierte Nahrung bezeichnet und bildet ebenso ein wertvolles Stärkungsmittel für geistig und körperlich schwer Angestrengte als auch für Kranke, Genesende, Kinder sowie werdende und stillende Mütter.

Die Kartoffelfrage. Auf Anregung des wirtschaftlichen Verbandes der hiesigen, heissen-nassauischen Städte und Kommunalverbände hatte Herr Oberpräsident Dr. Schwander zu einer Besprechung der Kartoffelpreis-Interessenten auf Samstag, den 4. September 1920 in der Rathaus in Marburg geladen. Es waren erschienen Vertreter der Regierung von Wiesbaden, Darmstadt, Bielefeld, der Landwirtschaft, der Gewerkschaft, und Vertreter der Kreise und Städte. Oberpräsident Dr. Schwander eröffnete die Sitzung mit einem Hinweis auf den Ernst der wirtschaftlichen Lage und auf die Schwierigkeit des beherrschenden Eingreifens infolge der letzten Verfügungen der Reichskartoffelstelle. Nach fast stündiger Verhandlung wurde fast einstimmig nach den Vorschlägen des Herrn Landespräsidenten festgestellt, daß die Lage eine überaus gefährliche wäre und daß bei den vorhandenen gesetzlichen Unterlagen die Schwierigkeit der Kartoffelverorgung nicht allein der Aufgabe der Behörde betrachtet werden könne, sondern daß jeder Vaterlandsfreund hier mitarbeiten müsse, insbesondere müsse die Landwirtschaft als Nährstand uns mit Nahrungsmitteln zu einem für das wirtschaftliche Durchhalten möglichen Preise versorgen. Gegenüber dem Ernst der Lage mußte die Interessentenfrage zurücktreten. Es wird nicht verkannt, daß von der Landwirtschaft, besonders nach der 6-jährigen Zwangswirtschaft, ein großes Opfer verlangt würde. Die Vertreter der Landwirtschaft wollen darauf hinwirken, daß die bürgerlichen Organisationen für einen Teil der städtischen Bevölkerung die Kartoffeln zu 20 Mark liefern, und zwar sollen diese Liefermengen nach der Fläche verrechnet werden. Diese bevorzugte Lieferung für die Minderbemittelten erfolgen. Die Bestimmung der Mengen soll gemeinsam von dem Oberpräsidenten in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Landwirtschaft getroffen werden; wie überhaupt eine Uebereinstimmung der herrschenden, daß das Gebiet von Hessen-Raun und des Reiches Hessen in dieser Beziehung als wirtschaftliche Einheit betrachtet werden müsse und daß demgemäß auch die erforderlichen Schritte von den hiesigen Regierungen und Verwaltungen gemeinsam vorgenommen werden sollten. Oberpräsident Dr. Schwander schloß die Sitzung mit der Bestimmung, daß dieser Plan zu einem guten Ergebnis führen könne und daß die ernste Tagung nicht ergebnislos verlaufen würde.

Aus Bad Ems und Umgegend.

1. Sportliches. Zu dem am Freitag veranfaßten Sportfest über das Sportfest in Homburg wird uns heute mitgeteilt, daß die Spielzeit als einwandfrei angesehen werden und Proteste nicht eingelaufen sind.

2. Kath. Kirchenchor. Gestern Sonntag urteilmäßig. Kirchenchor seinen diesjährigen Herbstausflug, der von zahlreicher Beteiligung von Jung und Alt über Arnsberg, Gittelborn führte. Hier ließ man sich im Park bei Kaffee und Zwetschenbrot nieder. In Gittelborn, dem Vorkampfen verließen die Stunden viel zu schnell. Der Männergesangsverein „Mozart“, Gittelborn, hatte die beiden Vereine, vom Guten das Beste zu bieten.

der des Kirchenchores erfreuten durch hübsche Violin- und Klavier-
stücke, über einige humoristische Zugaben wurde viel gelacht.
Am 19. August im Refektorium in Dürheim (Baden) ver-
sammelten Mitglieder des Priester Hermann (Kriegsteilnehmer): die
Versammlung erhob sich zu Ehren des Verstorbenen von den
Eigenen. Dann folgte der Bericht des Vorsitzenden über die
Gauturnen am 15. und 16. August; vor allem wurden die
Ereignisse mit freudigem Gut Heil begrüßt, dann wurde der herz-
liche Dank ausgesprochen an die hiesigen Vereine, die bei dem Feste mitgewirkt
haben, an die Ausführenden und Anstalten, die durch ihre
unermüdete Tätigkeit zum Gelingen des Ganzen beigetragen
und damit den ganzen Erfolg erzielt haben. Die Abrechnung,
für die noch einige Rechnungen ausstehen, ergab ebenfalls ein
erfreuliches Bild; zur Prüfung wurde ein Auschuß von 7
Mitgliedern gewählt. Für die Unterstützungskasse des Hauses
wurde ein Beitrag von 200 Mark bewilligt. Hierauf wurde
beschlossen, die Gedenkfeier für die im Kriege Gefallenen demnächst
im Vereinslokal anzubringen; mit der Ausföhrung wurde der
Vorstand unter Zuziehung von Sachverständigen betraut.
Für das Meisterstückturnen des Hauses an den Geräten in
Eimburg am 17. Oktober kommen von uns die Mitglieder Art,
Telech und Balkenhorst in Betracht. Das 45. Stiftungsfest soll
mit Schautagen und Ball am Samstag, den 30. Oktober
gefeiert werden. Nachdem noch einige trauerliche Traget er-
teilt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Turnverein Die Monatsversammlung des Turnvereins
am Samstag war gut besucht. Zunächst gedachte der Vorsitzende
des am 19. August im Refektorium in Dürheim (Baden) ver-
sammelten Mitgliedes des Priester Hermann (Kriegsteilnehmer): die
Versammlung erhob sich zu Ehren des Verstorbenen von den
Eigenen. Dann folgte der Bericht des Vorsitzenden über die
Gauturnen am 15. und 16. August; vor allem wurden die
Ereignisse mit freudigem Gut Heil begrüßt, dann wurde der herz-
liche Dank ausgesprochen an die hiesigen Vereine, die bei dem Feste mitgewirkt
haben, an die Ausführenden und Anstalten, die durch ihre
unermüdete Tätigkeit zum Gelingen des Ganzen beigetragen
und damit den ganzen Erfolg erzielt haben. Die Abrechnung,
für die noch einige Rechnungen ausstehen, ergab ebenfalls ein
erfreuliches Bild; zur Prüfung wurde ein Auschuß von 7
Mitgliedern gewählt. Für die Unterstützungskasse des Hauses
wurde ein Beitrag von 200 Mark bewilligt. Hierauf wurde
beschlossen, die Gedenkfeier für die im Kriege Gefallenen demnächst
im Vereinslokal anzubringen; mit der Ausföhrung wurde der
Vorstand unter Zuziehung von Sachverständigen betraut.
Für das Meisterstückturnen des Hauses an den Geräten in
Eimburg am 17. Oktober kommen von uns die Mitglieder Art,
Telech und Balkenhorst in Betracht. Das 45. Stiftungsfest soll
mit Schautagen und Ball am Samstag, den 30. Oktober
gefeiert werden. Nachdem noch einige trauerliche Traget er-
teilt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

:: Annahmestelle ::
für Inserate und Abonnements
für die
Emser- und Diezer Zeitung
in
Nassau
im
Cigarrengeschäft Rud. Degenhardt,
Mauerstrasse 5.

Beste Nachrichten.
Eigene Nachrichten der Diezer und Emser
Zeitung.
Ein engerer Kabinettsrat.
Mz. Berlin, 12. Sept. Wie die Vossische Zeitung
berichtet, besteht an maßgebender Stelle die Absicht, innerhalb
der Reichsregierung ein engeres, aus drei bis vier Ministern
bestehendes Kabinettsrat zu bilden, das unter dem Vorsteher des
Reichskanzlers eine Reihe laufender Angelegenheiten er-
ledigen soll.
Das geplante „engere Kabinettsrat“, dessen Mitglieder der
Reichskanzler auswählen soll, würde unter allen Umständen
den Reichsminister des Innern und des Innern umfassen.
Außerdem soll auch die Parteizugehörigkeit berücksichtigt
werden, d. h. jede der in der Regierung vertretenen Parteien
soll ein Mitglied in dem engeren Kabinettsrat zählen. Das
Gesamtministerium soll nach wie vor in kollegialen Beschlüssen
entscheiden und Ziel der inneren und äußeren Politik
festlegen. Innerhalb dieser Grenze soll dann der engerer
Rat die Entscheidung über Tagesfragen treffen.

Ortsgeschichtliche Sammlung
Bad Ems.
Geöffnet:
Montags, Mittwochs u. Freitags
von 2—5 Uhr.
Die städtische Altertumskommission

Deutsche Warte
Tageszeitung
für Lebens-, Wirtschafts- und
Bodenreform
mit den Beilagen
Land- und Hauswirtschaft — Gesund-
heitswarte — Jugendwarte — Der
Sonntag — Frauenzeitung und täg-
liches Unterhaltungsblatt.
Monatlich nur 6 Mark
Berlin NW 6.

Wir sind Abnehmer
größerer Mengen
Spätkartoffel
Angebote an die Direktion der
Erziehungs- u. Pflegeanstalt
Scheuern b. Nassau-Lahn.
Telefon Nassau Nr. 13.

Vor der Abstimmung in Kärnten.
Mz. Klagenfurt, 12. Sept. Je näher der Abstim-
mungstag kommt, umso mehr steigt die Aufregung und die
Angst vor der Entscheidung auf südslawischer Seite. Wie
man in einzelnen Gemeinden die Leute durch Drohungen ein-
zuschüchtern versucht, um sie dadurch zu zwingen, für Sü-
slawien zu stimmen, so versucht man jetzt auch in der süd-
slawischen Presse, die österreichische Regierung einzuschüch-
tern, um sie zu einer kärntenfeindlichen Handlung zu ver-
anlassen. So schreibt das Blatt Jugoslawia, daß Süd-
slawien alle Grenzen sperren werde, so daß kein Körnchen
zu den Österreichern gelangen könne, wenn diese, sich un-
ehelicher Mittel bei der Abstimmung bedienen würden. Mit
anderen Worten: Südslawien droht mit der Sperrung der
Grenzen, falls die Abstimmung für Österreich günstig aus-
fällt. Ähnlich schreibt der Slovenci Karod, der die Bevöl-
kerung auffordert, in der Agitation nicht zu erlahmen. Aus
den Stimmen der südslawischen Blätter geht hervor, daß
man in Südslawien keine Hoffnung auf einen für Süd-
slawien günstigen Ausgang der Volksabstimmung hat.

Die Verfassungsfrage.
Wien, 12. Sept. Die Unterausschüsse, die in den
Beratungen der Parteiführer beim Präsidenten Seitz über
die Verfassungsreform zur Ausarbeitung der Meinungsver-
schiedenheiten in mehreren entscheidenden Teilfragen einge-
setzt worden sind, haben ihre Verhandlungen beendet, ohne
die Streitpunkte beizulegen zu können. Nach Herstellung
eines notwendigen Kompromisses muß daher wieder zu
dem Ausschlußmittel der Schaffung eines Einvernehmens
zwischen den beiden führenden ehemaligen Koalitionspar-
teien, den Sozialdemokraten und Christlichsozialen, gegriffen
werden. Daher treten von den Sozialdemokraten der Prä-
sident Seitz und Dr. Bauer, von den Christlichsozialen der
Staatssekretär Dr. Mahr und Dr. Seibel zu einer Beratung
zusammen. Die Hoffnung, daß in dieser eine Klärung aller
Streitpunkte erzielt wird, ist gering.

Millerand und Gioiotti.
Mz. Mz. Les-Bains, 12. Sept. Millerand, der
heute morgen 8.30 Uhr hier ankam, wurde am Bahnhofe
vom Unterstaatssekretär der Botschaften, Borrel, und vom
Botschafter Barrere empfangen. Er begab sich sofort ins
Hotel Mirabeau, wo um 11 Uhr die erste Unterredung mit
Gioiotti stattfand.
Gioiotti, der gestern nachmittag im Sonderzug hier
eintraf, wurde vom französischen Botschafter in Rom und
vom Direktor der politischen Abteilungen des Auswärtigen
Amtes, Berthelot, empfangen. Laut Zeit Journal erklärte
Gioiotti Journalisten gegenüber, er sei überzeugt, daß die
bevorstehende Unterredung die italienisch-französische
Freundschaft noch herzlicher gestalten werde.

**Frankreich für die internationale Finanz-
konferenz.**
Mz. Paris, 12. Sept. Wie Journal des Debats mel-
det, sind die Lebre, Direktor des Credit National, de Fleu-
rian von der französischen Botschaft in London. Aberbe vom
Handelsministerium und Gellies vom Finanzministerium zu
Vertretern Frankreichs für die Brüsseler Finanzkonferenz
ernannt worden.

Die Genfer Konferenz.
Mz. London, 12. Sept. Reuter erklärt aus gut-
unterrichteten Kreisen, daß eine Verschiebung der Genfer
Wiedergutmachungskonferenz bis zum nächsten Monat als
fast unvermeidlich angesehen werde, da sie mit der Brüsseler
Konferenz zusammenfalle, an der mehrere der Delegierten
ebenfalls teilnehmen.

Die Bewegung in Italien.
Mz. Paris, 12. Sept. Wie Habas aus Rom meldet,
ist Idea Nazionale zufolge in Rom eine metallurgische
Fabrik ohne Zwischenfall von den Arbeitern besetzt worden.
Die Arbeiter der chemischen Fabriken treffen Vorbereitun-

gen, sich der Bewegung anzuschließen. In ihrem Manifest
sprechen sie von der Eroberung der Fabriken. Wie die Epoca
meldet, haben die Kohlenarbeiter von Falconara die Gruben
besetzt und die rote Fahne gehißt. Nach dem Giornale
d'Italia befürwortete die auf dem Kongress des Arbeiter-
verbandes angenommene Tagesordnung eine Verständigung
mit den Industriellen auf der Grundlage sofortiger wirt-
schaftlicher Verbesserungen. Die maximalistische Tagesord-
nung, die von der Leitung der sozialistischen Partei einge-
bracht aber abgelehnt wurde, befürwortete, daß die Be-
wegung seitens der Arbeiter auch auf die Werkstätten und
Fabriken aller Art ausgedehnt werden sollte.

Die Donauf Konferenz.
Mz. Paris, 12. Sept. Wie der Temps mitteilt,
hat die Vertagung der Donauf Konferenz nicht, wie gemeldet,
stattgefunden, damit die rumänische Delegation mit Take
Jonescu sich besprechen sollte, sondern damit die verschie-
denen Delegationen das von der rumänischen Delegation
eingereichte Gegenprojekt in aller Ruhe studieren könnten.
D'Annunzio wieder auf dem Plan.
Mz. Rom, 10. Sept. Idea Nazionale erhält über
Triest Nachrichten aus Fiume, denen zufolge D'Annunzio
den Freistaat Fiume proklamiert hat. Ursprünglich war
als Gründungstag der 12. September vorgesehen.

Das Erdbeben in Italien.
Mz. Rom, 10. Sept. Die Zeitungen melden aus Spe-
zia, daß am Gipfel des Pisanello des Apuanischen Massifs
sich ein Krater geöffnet hat, dem Flammen und Rauch-
säulen unter gewaltigen unterirdischen Geräuschen und
Schwefelgeruch entsteigen.

Ämtlicher Teil.
Nr. II. 10 649. Diez, den 6. September 1920.
An die Magistrate in Diez, Nassau, Bad Ems und
die Herren Bürgermeister der Landgemeinden
Betr.: Die Erhebung der Landwirtschaftskammerbeiträge
für 1920.
Anstelle der 1919er Hebelisten, die in Verlust geraten sind,
gehen Ihnen in den nächsten Tagen die Hebelisten für 1918 mit
den für die Aufstellung der diesjährigen Hebelisten erforder-
lichen Druckbogen zu.
Ich ersuche nunmehr mit der Aufstellung der 1920er Hebe-
listen unverzüglich zu beginnen und mit den Beiträgen und
den 1918er Listen bis zum 1. Oktober 1920 an die Kreis-
kasse in Eimburg einzusenden.
Der Landrat. J. B. Scheuern.

Zement freigegeben!
Sichern Sie sich sofort eine
AMBI-Dachziegel-Maschine
für Handarbeit.
(D. R. P. u. Weltpatente)
Herstellung von Zement-Dachziegeln aus vor-
handenen Rohstoffen (Kies-Sand usw.) auch
unmittelbar an der Baustelle im leichtesten
Handbetrieb.
Große Ersparnisse. Beste Kapitalanlage,
da Bedarf an Dachziegeln unbegrenzt.
Verlangen Sie Druckschriften D.
AMBI-Werke Abtl. I/J II.
Berlin-Johannisthal.

1917er
Mosel-, Rhein- u. Rotwein
darunter feine Kreszenzen,
sowie Cognacs
hat preiswert abzugeben
Franz Mentzel, Weinhdlg.
Bad Ems
Lahnstr. 26. Telefon 112.

Stellengesuche
Stellenangebote
zeigt man am vorteilhaftesten durch ein Inserat
in der Kaiser oder der Diezer Zeitung an.
Warum?
Weil diese Zeitungen in sämtlichen Orten des
Unterlahnkraises gehalten und auch in vielen
angrenzenden Orten gelesen werden. Sie bieten
somit die Gewähr, daß Ihre Inserate am sichersten
den gewünschten Zweck erreichen.
Wer also
Stellung sucht oder Personal braucht, kann
nichts Besseres und dabei Billigeres tun, als
dies durch ein Inserat in unserer Zeitung an-
zugeben.

Wer erfindet?
Die Industrie sucht Erfin-
dungen, Anregungen zum
Erfinden in uns. Broschüre
m. Gutschein üb. 20 M.
umsonst.
Industrie- u. Handelsgesell-
schaft, Leipzig, Wind-
mühlenstr. 1-5
Nebenverdienst
bis 100 M. monatlich zu Hause,
ohne Vorkenntnisse. Näheres
auf briefl. Karte S. Woodrow
& Co., G. m. b. H., Berlin-
Friedrichshagen, Postfach 340.
Ausgekämmte
:: Haare ::
kauft
Frau Ad. Merkel Ww.,
Diez.
Wer verkauft sein Haus
es mit gut. Geschäft oder
sonst. günst. Grundstücke?
Wir suchen für zahlreiche
Käufer Objekte aller Art.
Angebote direkt von Selbst-
verkäufern erbeten an den
Grundstücks-Merkel-
Verlag, Frankfurt a. M.,
Schillerhof.

Schuhputz
Erdal
schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Metz, Mainz

